

Auf dem Niveau eines Heizungsthermostaten

Österreichs Bildungsministerium lässt sich die Unwirksamkeit von Bildungsstandards und Tests durch ein Gutachten attestieren



Univ.-Prof.
Dr. Jochen Krautz
Alanus Hochschule

Auch Österreich hat wie Deutschland und die Schweiz im Gefolge der Pisa-Studie Bildungsreformen verwirklicht, die durch Standards, Tests und Kompetenzorientierung die Bildungsqualität und die Zahl der Abschlüsse heben sollten. Dabei ist das Schulwesen im Alpenland eigentlich nicht den bildungsökonomischen Konzepten der OECD verpflichtet, sondern den Leitziele seiner Bundesverfassung. Dort werden in Artikel 14 als Grundwerte der Schule „Demokratie, Humanität, Solidarität, Friede und Gerechtigkeit sowie Offenheit und Toleranz“ genannt. Die Schüler sollen befähigt werden, „an den sozialen, religiösen und moralischen Werten orientiert Verantwortung für sich selbst, Mitmenschen, Umwelt und nachfolgende Generationen zu übernehmen“. Hier ist also ein hoher Anspruch an Bildung und Erziehung formuliert.

Die sogenannte Output-Orientierung aber, auf die Österreichs Schulwesen ausgerichtet wurde, fragt allein nach bestimmten „Kompetenzen“, für die „Bildungsstandards“ etabliert

und in zentralen Tests abgefragt werden. Sicherlich sollen Schüler etwas können und wissen – auch das steht im Schulgesetz. Doch hört man auch von Österreichs Eltern und Lehrer wie in Deutschland, dass gerade dieses Können und Wissen abnimmt. Denn die „Kompetenzorientierung“ trainiert eng umgrenzte funktionale Fertigkeiten und verdrängt die Bedeutung

Das landeseigene Institut für Bildungsforschung bezweifelt, ob Unterricht nach Standards zu besseren Leistungen führt.

der Inhalte aus dem Bildungsgeschehen. „Bildungsstandards“ führen zu einem auf Testbewältigung verengten Unterricht. Zudem sinkt das Niveau der Abschlüsse, weil man das von der OECD gesetzte Ziel verfolgt, die Abiturquoten um jeden Preis zu erhöhen. So führen auch im eigentlich gelasseneren Nachbarland als unsinnig wahrgenommene Reformen zu hektischer Betriebsamkeit an den Schulen, welche die übergeordneten pädagogischen Ziele in den Hintergrund drängt.

Diese Umstellungen wurden angegangen, obwohl noch 2003 eine „Zukunftskommission“ „auf den ersten Blick“ gar keine besondere Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des österreichischen Schulwesens erkennen konnte. Gleichwohl ignorierte die Politik dies mit dem üblichen Verweis auf die „Wissensgesellschaft“, derzufolge nun auch Österreich Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sichern müsse, um den „geopolitischen Herausforderungen“ zu begegnen, welche auch immer das sein sollten. Zur Kurierung der eingebildeten Krankheit verordnete man sich die üblichen bildungsökonomischen Hausmittel vom Rezepturblock der OECD: Das Schulwesen sollte durch eine Outputsteuerung, ein Qualitätsmanagementsystem,

Leistungsstandards und Grundkompetenzen auf Effizienz getrimmt werden. Außerdem wurde eine Kompetenzdefinition ins Gesetz übernommen, die deren Erfinder Franz Weinert in einem nicht öffent-

lichen Papier für die OECD selbst als wissenschaftlich nicht gesichert bezeichnet hatte.

Da nun allerorten Lehrer, Schüler und Eltern unter den Folgen der OECD- und EU-kompatiblen Maßnahmen leiden, attestiert ein Gutachten, das ausgerechnet das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur selbst in Auftrag gegeben

hat, dass es keinerlei Belege für die Wirksamkeit dieser Reformen gibt. Im zweibändigen, 800 Seiten starken „Nationalen Bildungsbericht 2012“ lässt sich die Regierung das komplette Scheitern der eigenen Politik attestieren. Die vom „Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE)“ bestellten Experten deklinieren im ersten Band noch die üblichen Vokabeln ökonomistischen Bildungsneusprechs durch: Input – Prozessfaktoren – Output – Outcome – und so weiter. Der zweite Band kommt in seinen nüchtern vorgetragenen und empirisch abgesicherten Detailuntersuchungen aber zu bemerkenswerten Erkenntnissen, die nicht nur die Bildungspolitik Österreichs, sondern auch die Deutschlands und die der Schweiz grundlegend in Frage stellen.

So wird festgestellt, dass es für die Orientierung an Bildungsstandards und die damit verbundenen Ziele keinerlei valide empirische Belege gebe. Die beiden zentralen Behauptungen der Reformen seien nicht nachweisbar, dass diese nämlich zu besserer Leistung und mehr Bildungsgerechtigkeit führten. Der Bildungsbericht wörtlich: „Führen Bildungsstandards und externe Leistungsüberprüfung zu den erhofften Wirkungen in Hinblick auf Zielgröße 1 ‚Verbesserte Schülerkompetenzen/Leistungssteigerung des Systems‘ und auf Zielgröße 2 ‚Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit im Schulwesen‘? Uns sind aus den deutschsprachigen Schulsystemen keine empirischen Untersuchungen bekannt, die beanspruchen würden, fundierte Aussagen zu dieser Frage zu machen.“ Die auch in Deutschland als Mittel der Wahl beschworene externe Leistungsüberprüfung durch Vergleichstests und zentrale Abiturprüfungen sowie Schulinspektionen sind also in ihrer Wirkung „nicht durch empirische Untersuchungen belegt“ und müssten daher „gegenwärtig bezweifelt werden“.

Vielmehr kenne man ja aus den Vereinigten Staaten die gravierenden Folgen sanktionsbewehrter Testsysteme. In aller

Deutlichkeit zählt der Österreichische Bildungsbericht die nicht beabsichtigten Effekte der Teststrategie in Amerika auf: „Konzentration auf testmethodische und -strategische Kompetenzen“, also das bekannte „teaching to the test“, die „Verengung des Curriculums“ auf testrelevante Inhalte; den „Ausschluss von Schülerinnen und Schülern aus Lerngelegenheiten“, damit schwache Schüler nicht die Testergebnisse nach unten ziehen, sowie „Schummeln auf Lehrerseite“, was in den Vereinigten Staaten zuletzt zu landesweit beachteten Betrugsskandalen führte.

Der Bildungsbericht warnt sogar selbst vor der hier einfürend genannten „Gefahr, zu einer Verengung der Zieldimensionen von Schule beizutragen“, also Qualifikation vor Bildung zu setzen und Inhalte auf testrelevante Anteile zu reduzieren. Der bekannte Deutschdidaktiker und Friedenspädagoge Werner Wintersteiner formuliert offen, dass „das politische Interesse an Bildungsforschung und Fachdidaktik (...) im Zeichen der Ökonomie“ stehe.

Es ist bemerkenswert: Die Schulen eines ganzen Landes wurden einem Großversuch unterzogen, für den es keine valide Prognose gab und dessen absehbares Scheitern schon im Voraus bekannt war! Dass Schüler nicht Objekte unbegründeter pädagogischer Versuche sein dürfen, ist eine Grundeinsicht pädagogischer Ethik. So wird eine ganze Generation von Schülern um ihre Bildungschancen betrogen.

Auch das „neue Steuerungsmodell“, so der Bildungsbericht weiter, mit dem Schulen und Lehrer zum entsprechenden Handeln erzogen werden sollen, klinge zwar plausibel, doch sei den wissenschaftlichen Ergebnissen nicht zu entnehmen, dass durch standardbezogene Tests die Schulen besser würden. „Für den zentralen Wirkungsmechanismus (...), die Stimulierung ergebnisorientierter Weiterentwicklung des Unterrichts durch Rückmeldung von Leistungsdaten, fehlen also empirische Belege.“ Damit ist jenes Modell in Frage gestellt, das auch in Deutschland verfolgt wird. Man stellt Standards auf, setzt Tests und Qualitätskommissare zu deren Überprüfung ein und „meldet“ die Ergebnisse an die Lehrerschaft „zurück“, um ihnen zu zeigen, wie gut oder schlecht sie gearbeitet haben. So sollen Lehrer veranlasst

werden, ihren Unterricht zu verbessern. Im Prinzip ist dies das Modell einer simplen kybernetische Feedbackschleife auf dem Niveau eines Heizungsthermostats, der durch Messung der Raumtemperatur die Energiezufuhr selbst reguliert: Vorgabe – Arbeit – Ergebnismessung – Rückmeldung – Nachjustierung und von vorn. Dass dies in Bildung und Erziehung nicht funktionieren kann, bemerkt nun auch der Bildungsbericht. Die Pädagogen könnten aus den Testergebnissen nicht entnehmen, wie der Unterricht denn besser zu gestalten sei. Jeden, der Theorie und Praxis der Pädagogik ein wenig kennt, wundert dies nicht. Unterricht ist eben kein Heizungskreislauf, der programmiert abläuft und nur etwas „Nachsteuerung“ braucht, wenn die Leistung nicht stimmt. Solche „Qualitätssicherung“ kann das komplexe pädagogische Geschehen zwischen konkreten Menschen grundsätzlich nicht erfassen, geschweige denn verbessern. Im Gegenteil, auch hier droht sich die Aufmerksamkeit der Lehrer von den eingangs genannten Erziehungszielen auf das Produzieren zufriedener Qualitätskommissare zu verlagern.

Entsprechend konstatiert der Bildungsbericht eine gegenüber Tests und Standards durchgängig kritische Lehrerschaft. „Die grundlegend skeptische Haltung der Lehrkräfte hat eine Reihe nachvollziehbarer Gründe, zu denen nicht zuletzt der nur schwer führbare Nachweis der per se höheren Effektivität dieser Steuerungsform zählt. Auch ist die Definition eines ‚Ergebnisses‘ oder ‚Outputs‘ notwendigerweise mit normativen Setzungen verbunden, die kaum von allen Beteiligten gleichermaßen geteilt werden.“ Wenig verwunderlich, denn die normativen Ansprüche des Tests berühren die pädagogische Freiheit der Kollegen und widersprechen in ihrer funktionalistischen Grundausrichtung dem Geist und dem Menschenbild der Verfassung.

Schließlich referiert der Bildungsbericht in entlarvender Offenheit, dass auch die Reformen in Österreich durch die Top-down-Steuerung von EU und OECD zu-

stande kamen. „Trotz eingeschränkter inhaltlicher Zuständigkeit“ der internationalen Organisationen seien die Reformen aufgrund von „Soft-Governance-Prozessen“ durchgesetzt worden. Solche Formen der „sanften Steuerung“ hätten „nicht auf Rechtssetzung, sondern auf politischer Verbindlichkeit“ beruht.

Etwas zugespitzt formuliert bedeutet dies, dass unter Unterlaufung der Souveränität der Republik Österreich ein landesweites Experiment an den schutzbefohlenen Schülern unternommen wurde, das nicht vorab empirisch geprüft war, wie es üblich wäre. Im Gegenteil, aufgrund der internationalen Erfahrungen und der schon

früh eingebrachten grundsätzlichen Bedenken vieler Erziehungswissenschaftler hätte klar sein müssen, dass diese Reformen scheitern werden.

Aber dennoch, Du

glückliches Österreich! Denn immerhin herrscht damit von offizieller Stelle formulierte Klarheit. So geht es nicht weiter. Nun können Eltern, Lehrer, Wissenschaftler und alle interessierten Bürger die Verantwortlichen zur Raison rufen, Rechenschaft einfordern und beginnen, die tatsächlichen Bildungsprobleme anzugehen. Dann wäre Österreich fortschrittlicher als Deutschland, das immer noch am Gängelband der internationalen Organisationen den Reformverheißungen weiter nachläuft. Dabei sind auch hier die negativen Auswirkungen in Bildung, Kultur, Demokratie und Wirtschaft längst sichtbar. Muss man warten, bis noch mehr Kinder und Jugendliche Schaden nehmen – oder kann die pädagogische und politische Vernunft auch vorher wieder einsetzen?

Die Lehrer sind äußerst skeptisch, weil ihre pädagogische Freiheit durch normative Setzungen eingeschränkt wird.

Zum Autor:

Univ.-Prof. Dr. Jochen Krautz lehrt Kunstpädagogik am Fachbereich Bildungswissenschaft der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft in Alfter.

Nachdruck eines Artikels in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. August 2013 mit freundlicher Genehmigung des Autors.